



Prot. Nr. 32.01.25/130050

Bozen, 4. März 2011

Bearbeitet von:
Dr. Arthur Pernstich
Tel. 0471 417590
arthur.pernstich@schule.suedtirol.it

An die
Schulführungskräfte der Oberschulen

An die
Direktorinnen und Direktoren
der gleichgestellten Oberschulen

An die Schulgewerkschaften

Mitteilung

Reform der Oberstufe – Übergang der Lehranstalten in das Berufsbildungssystem – Rechtsstatus des Lehrpersonals – Vereinbarung

Sehr geehrte Direktorinnen und Direktoren,

Die Reform der Oberstufe sieht vor, dass die Lehranstalten mit deutscher Unterrichtssprache in das Berufsbildungssystem des Landes übergehen, somit neben den Gymnasien und Fachoberschulen eine sog. »Dritte Säule« in ausschließlicher Landeskompetenz errichtet wird. Dies hat zur Folge, dass die derzeitigen Lehranstalten in den nächsten vier Schuljahren abgeschafft und damit voraussichtlich auch Stellen im Bereich der Oberschulen staatlicher Art abgebaut werden.

Deshalb wurde bereits vor einem Jahr vom Schulamt eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt, welche sich in vielen Sitzungen und Treffen mit den Gewerkschaften mit dem Schicksal der Lehrpersonen beschäftigt hat, die in den nächsten vier Jahren ihre Stelle verlieren. Diese Arbeitsgruppe hat nun eine Vereinbarung ausgearbeitet, welche grundsätzliche Regelungen für die Übergänge und die Rechte dieser Lehrpersonen enthält. Diese Vereinbarung wurde von den Direktoren der Abteilungen Personal, Schulamt und Berufsbildung unterschrieben und am 28. Februar 2011 von der Landesregierung genehmigt.

Der oberste Grundsatz dieser Regelung ist, dass all jene Lehrpersonen, welche durch den Übergang der Lehranstalten in das Berufsbildungssystem des Landes in den nächsten vier Jahren ihre Stelle verlieren, einen absoluten Vorrang bei der Besetzung jener Stellen haben müssen, welche durch den Abbau der Lehranstalten und den Aufbau der Nachfolgeschulen in der Berufsbildung entstehen. Es geht dabei vor allem um die derzeitigen Lehranstalten für Wirtschaft und Tourismus und die Lehranstalten für Soziales. Die Nachfolgeschulen sind die Berufsfachschule für Handel und Verwaltung und die Berufsfachschule für Pflege und Soziales.

Auf die neu entstehenden Stellen im Berufsbildungsbereich haben nicht nur die Stellenverlierer der Stammrolle Vorrang, sondern auch jene Lehrpersonen der Lehranstalten staatlicher Art mit befristetem Auftrag, welche im Besitze der Lehrbefähigung und des gültigen Studientitels sind. Darüber hinaus wird auch noch jenen Lehrpersonen ein Vorrang eingeräumt, die seit mindestens drei Jahren mit gültigem Studientitel in den nun abzuschaffenden Schulen unterrichten. Diese Regelung gilt bis zum Schuljahr 2014/2015, der vollständigen Umsetzung der Oberstufenreform.



Schulamt, Abteilung Berufsbildung und Personalabteilung werden diesen Prozess koordinieren und begleiten. Damit dieser Übergang vom alten in das neue System sowohl für Lehrer als auch für Schülerinnen und Schüler gelingen kann, ist zudem eine enge Zusammenarbeit zwischen den Führungskräften der betroffenen Schulen in beiden Systemen notwendig.

Zudem ist es notwendig, im Rahmen der Mobilität innerhalb der Oberschulen spezifische Regelungen und Vereinbarungen zu treffen, damit die Stellenverliererinnen und Stellenverlierer, welche in eine andere Oberschule wechseln müssen, möglichst wenig Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Eine Kopie der Vereinbarung wird dieser Mitteilung beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen

Vereinbarung der Abteilungsdirektoren vom 4. Februar 2011

Der Schulamtsleiter
Dr. Peter Höllrigl